

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Richard Klitz, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Seydau, Magdeburg. Druck von Franz Bethge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 45, Fernsprecher 1867. Redaktion: Nr. Klitzstraße 8, Fernsprecher 981.

Abonnementpreis: Vierteljährlich (inkl. Postgebühren) 3 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Einzelheft kostet 10 Pf. In der Expedition und den Postämtern vierteljährlich 3 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2,25 Pf. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und Abendsnummern 10 Pf. — Insetionsgebühren: die halbspaltige Zeile 15 Pf. Post-Zeitungsliste Seite 604.

Nr. 120.

Magdeburg, Mittwoch den 25. Mai 1904.

15. Jahrgang.

Ein Theoretiker des Staatsstreichs.

Das moderne Staatsrecht kennt kein Recht auf Revolution. Eines seiner Elemente bildet die Lehre von der „Trennung der Gewalten“ und sein Bestreben ist, die Kompetenzen der drei Gewalten abzugrenzen und jede Veränderung in dem Verhältnis der gesetzgebenden zur vollziehenden oder zur richterlichen Gewalt zu einem Akt zu machen, der sich innerhalb des Rechts abspielt. Jede Revolution ist aber eine gewaltsame Aenderung dieses Verhältnisses, sie hebt jenen, meistens auf einem Kompromiß beruhenden Gleichgewichtszustand zwischen Volk und Herrscher, der seinen juristischen Ausdruck in der — geschriebenen oder ungeschriebenen — Verfassung findet, auf und zerstreut damit die juristischen Zwirnsfäden, in deren Erhaltung das Staatsrecht überhaupt seine Existenzmöglichkeit findet. Die Anerkennung eines Rechts auf Revolution ist für das Staatsrecht daher ein Widerspruch in sich selbst. Es anerkennt Revolutionen als historische Tatsachen, bemüht sich, den neugeschaffenen Zustand der Dinge rechtlich zu stabilisieren, aber es bestrittet, daß gewaltige Umwandlungen im Staatsleben jemals im Recht erfolgen. Ihm sind solche Epochen nur eine Ueberwindung des Rechts durch die Macht.

Damit ist auch gesagt, daß das Staatsrecht es ablehnen muß, eine Theorie der Revolution zu geben. Vor dem bisher gewaltigsten und fruchtbarsten Mittel zur Veränderung menschlicher Institutionen macht das Staatsrecht Halt. Das zeigt uns, welche verhältnismäßig untergeordnete Bedeutung diese ganze Disziplin besitzt; aber es besagt nicht, daß eine Theorie der Revolution überhaupt unmöglich ist. Der Begriff der allgemeinen Staatslehre läßt auch Raum für die Lehre von der Revolution; der viel engere Rahmen aber, der dem Staatsrecht gezogen ist, verbietet es, der Revolution eine theoretische Betrachtung zu widmen, die darüber hinausgeht, sie einfach abzuweilen.

Demokratische Bewegungen haben sich mit diesem Zustand der Dinge längst abgefunden. Sie haben, wie die englischen Puritaner, Widersprüche, oder wie die französischen „Anskulotten“ Lehrsätze des „Naturrechts“ benützt, um darauf ihr Recht zu gründen, auch Königen die Köpfe abzuhacken; aber auf die Verfassung eines Landes stützten sich Revolutionen von unten nie. Es sei denn, die Revolution von unten sei richtig gewesen, um einem Staatsstreich die Stirn zu bieten. Dann handelte es sich aber um eine Revolution von oben, deren notwendige Abwehr die revolutionäre Bewegung der beherrschten Volksschichten hervorrief. Dagegen lieben es die Revolutionäre von oben, ihre Staatsstreichs auch rechtlich zu begründen. Diesem Streben verdanken wir ja mancherlei Lehren, wie das „Prinzip von Gottes Gnade“, das „Legitimitätsprinzip“ oder das Prinzip der „Fürstensouveränität“, die, mit dem Modergeruch der Jahrhunderte behaftet, längst dem verdienten Fluch der Lächerlichkeit anheimgefallen sind und nur dann wieder einmal zum Vorschein kommen, wenn irgend ein Reaktionsär von Geblüt oder ein freiburger Professor, der reaktionäre Gesinnung als Schwungbrett zur Eringung äußerer Ehren benützt, ihrer zur Vollenbung dunkler Absichten bedürfen.

In deutschen Landen ist kein Mangel an Reaktionsären beider Richtungen. Daher ist auch die deutsche Staatsrechtsliteratur gegenwärtig die reichste der Welt und wohl kein Land hat soviel Staatsrechtslehrer aufzuweisen, die das Recht auf Staatsstreich „juristisch“ begründeten, wie Deutschland. Der neueste Typus der Art ist der ehemalige bayerische Gesandte in Berlin, v. Jagemann, der seit kurzer Zeit an der Heidelberger Universität Vorlesungen über deutsches Staatsrecht hält. Er hat kürzlich diese Vorlesungen als Buch erscheinen lassen und in diesem findet sich folgende sinnige Betrachtung:

„Die Geschichte der Völker zeigt, daß Einrichtungen, auf welche das öffentliche Vertrauen selbsten vor Generationen fußt, später kaum mehr funktionieren, und es ist solchenfalls kein Schaden, wenn die juristische Kammer für Reorganisationen verschiedene Hilfen besitzt. Wägen uns und andern Völkern Zeiten der Zerrüttung stets erspart bleiben, in denen die Warnung des Reichskanzlers Grafen Bülow vergessen wäre, die Art nicht an die Wurzeln des Parlamentarismus zu legen! Die Möglichkeit, wenn Verfassungseinrichtungen nicht mehr funktionieren, durch einstimmige Aufhebung des einen Bundes und Schließung eines neuen die Lebensfähigkeit frisch zu gewinnen, erscheint nicht als nationale Schädigung.“

Aus dem Allgemeinen ins Besondere überleitet heißt das nichts anderes als folgendes: Wenn das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zum Reichstag einmal gefährlich zu werden droht, lösen die 26 deutschen Bundes-

staaten ihren „ewigen“ Bund, aus dem das deutsche Reich entstand, einfach auf. Damit verschwindet auch die Verfassung des deutschen Reiches. Die Staaten werden wieder souverän und können sofort wieder einen neuen Bund gründen, der z. B. an Stelle des jetzigen Reichstags ein Parlament setzt, das durch ein Dreiklassenwahlrecht in Preußen erwählt wurde. Auf diese Weise wird man das Reichstagswahlrecht auf gesetzlichem Wege los, ohne daß der Reichstag überhaupt bei der ganzen Sache gefragt wurde.

Die „Frankfurter Zeitung“ hat sich die Mühe gemacht, die Kollegen des wahlrechtsscheuen Diplomaten, die Professoren Sellinek und Anshütz von der Universität Heidelberg zu fragen, ob sie in dieser Sache mit ihrem Kollegen übereinstimmen. Da diese beiden Herren noch einen Ruf in der wissenschaftlichen Welt haben, antworteten sie selbstverständlich mit: Nein. Aber auch ohne daß man die Antworten von Sellinek und Anshütz kennt, kann man das Absurde der Jagemannschen Lehre aus dem bloßen Wortlaut des § 78 Abs. 1 der Reichsverfassung erkennen, wo es heißt: „Veränderungen der Verfassung erfolgen im Wege der Gesetzgebung“. Klar, ohne jede Mißdeutung steht hier geschrieben, daß eine Verfassungsänderung nur zustande kommen kann unter Mitwirkung des Reichstags. Dessen Zustimmung wäre auch erforderlich, um den Bundesstaat Deutschland wieder aufzulösen. Denn in dem Augenblick, in dem die Gliedstaaten sich zusammenschließen zum deutschen Reich, in dem Augenblick stellen sie sich auch unter die Verfassung des von ihnen geschaffenen neuen Staatgebildes.

Das weiß jeder Student des öffentlichen Rechts bereits im ersten Semester. Die ganze Konstruktion des Herrn von Jagemann ist etwa ebenso zu beurteilen wie die Behauptung des Grafen von Provence, des Bruders Ludwig 16., der als Ludwig 18. im Jahre 1814 den französischen Königsthron bestieg, wie er sagte: „im neunzehnten Jahre seiner Regierung“. Als er Frankreich eine Verfassung gab, wurde von Beugnot — einem französischen Staatsrechtslehrer von der Art Jagemanns — in der Einleitung zur „Charte“ vom 14. Juni 1814 mit bewundernswerter Ignorierung der ganzen französischen Revolution und ihrer Ergebnisse der Gedanke durchgeführt, daß der König „nach einer langen Abwesenheit“ dem Wunsche der Unterthanen nachgebend, dem Volke aus freier, königlicher Machtvollkommenheit eine Verfassung verleihe. Diese ganze Konstruktion gilt heute als staatsrechtliche Kuriosität; der Jagemannschen Konstruktion geht es aber genau so.

Um so befremdender ist es für die deutsche Wissenschaft, daß der Jagemannsche Plan nicht einmal den Vorzug der Originalität für sich in Anspruch nehmen kann. Es ist durchaus nicht richtig, was Sellinek und Anshütz der „Frankfurter Zeitung“ schrieben, daß alle deutschen Staatsrechtslehrer sich einmütig in der Ablehnung der Lehrsätze Jagemanns zusammensuchen werden. Wir nennen hier gleich einen Vorläufer Jagemanns, der heute noch an einer Universität doziert. Es ist der Königsberger Professor für Staats- und Völkerrecht, Born, der 1895 eine Schrift über Reich und Reichsverfassung erscheinen ließ, in der auf Seite 3 derselbe Gedanke vertreten wird, dem Jagemann Ausdruck gegeben hat. Herr Born ist aber heute noch berufen, der studierenden Jugend die Grundsätze des deutschen Verfassungslebens mitzuteilen; er steht sogar ob seiner reaktionären Gesinnung in so hohem Ansehen, daß das deutsche Reich ihn für würdig erachtete, als Vertreter Deutschlands der Haager Friedenskonferenz beizuwohnen.

Zurück ist die Jagemannsche These abgetan. Politisch ist sein Auftreten aber deshalb von Bedeutung, weil er Gesandter Badens am preussischen Hofe war. Dazu kommt, daß er zu einer Zeit, wo der Wahlrechtsdoktor Giesebrecht noch in aller Erinnerung lebt und das preussische Herrenhaus der Sehnsucht nach einem Staatsstreich zur Erhebung des Wahlrechts Ausdruck gibt, seine Ansichten veröffentlicht. Das macht sein Auftreten erst interessant.

Die juristische Einleitung hilft nicht darüber hinweg, daß v. Jagemann der Revolution von oben das Wort redet. Als die römischen Imperatoren die Republik durch den Zäsurismus überwunden hatten, ließen sie sich nachträglich durch die leges regia vom Volke bestätigen, daß es sich aller seiner Gewalten zugunsten eines Einzelnen entledigt habe. Die Tyrannen in den italienischen Städtepublikan legifizierten ihre Staatsstreichs auf die gleiche Weise und wie die beiden Bonapartes es durch den Schwindler der Plebiszite verstanden haben, die Sanktion ihrer Willkürakte durch das Volk zu erhalten, ist genügend bekannt. Alle Reaktionsäre legen bisher Wert darauf, Revolutionen von oben als gesetzliche Maßnahmen erscheinen zu lassen. Herr v. Jagemann

mannt uns einen, noch nicht einmal originellen, Vers aus einem alten Liede.

Über man erkennt gar wohl das Rattenfängeremotiv in seiner Melodie und unter der fadenscheinigen juristischen Bekleidung leuchten klar die Blüten der Gesetzesverletzung und des Verfassungsbruchs. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 24. Mai 1904.

Reaktionärer Schwindel.

Während in Frankreich die täppische Protestnote des Vatikan die bemerkenswerte Folge gehabt hat, daß sich auch die gemäßigten Republikaner nach der radikalen antikirchlichen Richtung zu drehen beginnen, hat sich die Wetterfahne der preussisch-deutschen Politik nach der kirchlich-reaktionären Richtung gedreht. Zum Pfingstsonntag sind in der „Nationalzeitung“, der „Täglichen Rundschau“ und andern Organen zahlreiche Federn tätig gewesen, um die Beteiligung der Nationalliberalen am konservativ-kerikalen Schulkompromiß zu verteidigen. Herr Dr. Friedberg, der Führer der Nationalliberalen im preussischen Abgeordnetenhause, und die Redaktionen der beiden genannten Blätter preisen das kompromittierende Vorgehen der Nationalliberalen als eine rettende Tat, ohne die noch viel Schlimmeres passiert wäre. Während der Schulantrag die interprofessionelle Schule auf den Aussterbe-Etat setzt und für die Zukunft das Prinzip der Konfessionsschule aufgestellt wird, rühmt man, daß durch das Eingreifen der Nationalliberalen der letzte Rest der Simulanschule gerettet worden wäre.

Es verlohnte sich nicht, sich bei solchem Gerücht auch nur einen Augenblick aufzuhalten, wenn es nicht für die liberale Verfassungspolitik so durchaus typisch wäre. Was kann man durch eine solche Beweisführung nicht alles begründen! Wenn z. B. die Nationalliberalen eines Tages mit den Konservativen hinter den Kulissen über die Abschaffung des Reichstagswahlrechts verhandeln, so wird auch das eine rettende Tat sein; denn die Nationalliberalen werden sich rühmen, ein besseres Wahlrecht durchgeführt zu haben, als es die Konservativen hätten gewähren wollen. Und wenn wir es in Deutschland wieder einmal dazu bringen, daß die Reher gebraten werden, so werden die guten Nationalliberalen natürlich auch wieder mit ihrer alten Logik da sein und für das Braten stimmen, weil die armen Opfer sonst ganz gewiß zuvor noch geräbert worden wären.

Solche nationalliberale Weisheit war ja auch schon seinerzeit beim Sozialistengesetz am Werke. Statt das Schandgesetz bis aufs Messer zu bekämpfen, entschlossen sich die braven Nationalliberalen zur Mitarbeit, um Härten zu beseitigen. Ebenso wurde in neuerer Zeit der Wucherzins in der Parteikonferenz ausgearbeitet, und wieder waren die Nationalliberalen dabei, und sie erzählen heute noch, wie schrecklich agrarisch der Zins geworden wäre, wenn sie nicht auch diesem Kinde Schutzhelferdienste geleistet hätten. Die nationalliberale Theorie vom kleineren Uebel ist ein Freibrief zur Mithilfe an jedem Schurkenstreich, zur Mitarbeit an jedem Verbrechen, zur Kompagnonschaft an jeder Infamie. Sie hat aber freilich auch an ihren Urhebern arge Rache genommen: als kleineres Uebel schleppt sich ja der ganze Liberalismus durch die Welt, und im ganzen Deutschen Reiche ist kein Wahlkreis, der sein sicherer Besitz wäre. Eine „Staatslehre“, die zum Lachen traurig und zum Weinen komisch ist!

Im Bunde der Reaktion.

Der Pariser „Matin“ berichtet, die russische Regierung habe anfangs März den übrigen europäischen Regierungen den Entwurf zu einer internationalen Konvention zur Bekämpfung der Anarchisten zugestellt. Nach diesem Entwurf sollen die aus einem Vertragsstaat ausgewiesenen Anarchisten auf dem kürzesten Wege der Polizei ihres Heimatlandes ausgeliefert werden. Das Projekt soll bereits von mehreren Staaten gutgeheißen worden sein, so von Deutschland, Oesterreich, der Türkei und der Schweiz, während Frankreich und England nicht genommen seien, den bisherigen Modus in Ausweisung Angelegenheiten und die Regeln des Asylrechts aufzugeben. Daß Deutschland nicht fehlt, wenn es sich darum handelt, dem zarischen Absolutismus Liebesdienste zu erweisen, überrascht nicht weiter. Gehandelt hat man ja schon lange nach dem Rezept, das nun seitens aller Staaten zur Anwendung gelangen soll. Wätereichen hat schon lange die Anwendung zu sehen, wie unter dem Vorwand der Anarchistenverfolgung in Deutschland die russischen Freiheitskämpfer ge-

hebt und verfolgt werden. Unter den bürgerlichen Kreisen regt sich aber niemand, der gegen dieses unvollständige Verhalten zu protestieren wagt. In Frankreich fürchten die Abgeordneten Sembat, Bailant, Dejeante und Paul Constant eine Interpellation an, um von der Regierung Auskunft zu erlangen über die Haltung, die sie zu dem von Russland allen europäischen Mächten unterbreiteten Entwurf eines internationalen Abkommens gegen die Anarchisten eingenommen habe.

Der Konflikt Frankreichs mit dem Vatikan.

Der französische Botschafter beim Vatikan, Richard, ist, wie die „Agence Havas“ offiziell mitteilt, abberufen und hat Rom verlassen. Die Zeitung der Geschäfte wurde einstweilen dem Vizebotschafter übergeben. Damit ist der Abbruch der diplomatischen Beziehungen vollzogen. Die Politik der Entschiedenheit und energischen Zurückweisung vatikanischer Uebergriffe, die Combes vertritt, und die von den Sozialisten und Radikalsocialisten unterstützt wird, hat den Sieg davongetragen — dank der schier unbegreiflichen Ungeschicklichkeit des derzeitigen Leiters der Kurienpolitik. Es waren in der Kammer wie im Schoße der Regierung selbst starke Gegenkräfte gegen eine radikale Lösung der Krise wirksam. Loubet sowohl, der unter dem Einfluß seiner bigotten Frau steht, als auch Delcassé vertreten die Politik der „Vermittlung“; der Abbruch der Verhandlungen sollte durch eine frühzeitige „Urlaubskreise“ des französischen Botschafters maskiert werden. Delcassé beillt sich auch jetzt, durch den „Temps“ in einer offiziellen Auslassung zu verbreiten, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen noch lange nicht, wie die Radikalen meinen, die Abschaffung der Botschaft ankündigen solle.

Im Vatikan scheint eine förmliche Panik ausgebrochen zu sein. Man merkt deutlich, daß die päpstliche Diplomatie keine Ahnung von der Wirkung ihrer Protestnote gehabt hat. Die unerhörte Taktlosigkeit, die der Vatikan begangen hat, indem er in die den katholischen Mächten überlieferte Abschrift der Note einen Satz mit sehr verletzendem Inhalt einschob, der in dem für die französische Regierung bestimmten Original fehlt, will der Staatssekretär damit rechtfertigen, daß sich die Spitze dieses Satzes eben gegen die andern katholischen Mächte lehre. Der Hinweis darauf, daß der Pariser Nuntius seine Residenz nur aus ganz besonderen Gründen nicht verlassen habe, sei nichts anderes gewesen als eine Mahnung an die katholischen Herrscher, bei denen diese außerordentlichen Gründe nicht gelten, nicht nach Rom zu kommen, bei Strafe der sofortigen Abberufung des päpstlichen Vertreters. Alle jesuitische Verdrehkunst vermag nicht, dieses Vorgehen der vatikanischen Diplomatie weniger unziemlich erscheinen zu lassen. Man wird ja sehen, wie sich die „katholischen Herrscher“ zu dieser Deutung stellen werden, daß man ihnen so nahebei gedroht habe. Gewöhnlich pflegen Mächte, wenn sie etwas untereinander abzumachen haben, das nicht auf dem Rücken eines Dritten zu tun. Auf jeden Fall bleibt es ein Vergehen gegen die im völkerrechtlichen Verlehr geltende Anstandslehre, daß der Vatikan den Mächten jenen durchaus nicht achtungsvollen Satz über sein Verhältnis zu Frankreich ohne Wissen der französischen Regierung als einen Teil der Protestnote vorgelegt hat.

Wie der Konflikt enden wird? Wahrscheinlich wird der unfähige Merry del Val über die Dinge springen müssen. Der Vatikan wird wohl alles mögliche tun, um die französische Regierung zu besänftigen. Denn mit dem Konkordat steht auch der Peterspfennig auf dem Spiel. Wenn in Frankreich die Trennung von Kirche und Staat durchgeführt würde, müßten die französischen Katholiken die Kosten ihres Kultus selbst bezahlen und der jetzt so reichliche Abfluß kirchlicher Gelder nach Rom käme ins Stocken. Da ist es immer noch besser, einer heidnischen Regierung Abbitte zu leisten und dem ungeschickten Sachwalter den Abschied zu geben.

In der Kammer wird die Interpellation über die Protestnote auf Verlangen Combes' erst am Freitag zur Sprache kommen. Combes hat erklärt, daß die Kammer bis dahin vor neuen Katastrophen stehen wird. Die erste dieser Katastrophen ist die Abreise Richard's, der zweifellos die des Pariser Nuntius Lorenzelli folgen wird. Wahrscheinlich aber werden sich auch die folgenden Akte rasch abspielen.

Einen heiteren Einschlag liefern die Türhörer der Journalistik mit den einander kreuzenden Mutmaßungen über die Quelle der Sauréschen „Humanité“, die bekanntlich durch die Veröffentlichung des Textes der Protestnote erst den Stein ins Rollen gebracht hat. Hier ist man sich selbst als Fälscherin hat. Saurés bezeichnet; aber die Vermutung erwies sich schon dadurch als falsch, daß ja die Regierung selbst erst aus der „Humanité“ die Verschiedenheit der beiden Texte erfahren hat. Dann wies der hink Erfinder der konkurrierenden Sensationsjournalisten mit der üblichen Gebärde geheimerwissenschaftlicher Wissenschaft nach andern Richtungen: Portugal, Monaco, selbst Bayern, wurden genannt. Saurés macht sich über die Konjekturen lustig, indem er schreibt: „Aber warum soll uns dieses Dokument nicht aus dem Vatikan selbst zugekommen sein? Wer weiß, wessen Kardinal, die einander die Macht freitig machen, in ihren dunkeln Intrigenen fähig sind?“ Nun, das mag Scherz sein. Aber wer wäre so naiv, zu glauben, daß Schreien und Trauer die einzigen Gefühle seien, die die Blamage Merry del Val im Kreise der römischen Kirchenfürsten erweckt hat? Und wer wollte dem gestutzten Ramolla nicht zutrauen, daß er diese Bombe, wenn es sie nicht selbst gelegt hat, doch gern segnete?

Deutschland.

Berlin, 24. Mai. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung erklärt allen Kriegserregerten gegenüber, daß zwischen dem Grafen Bismarck und dem Herrn eines Schwabens

keinerlei Meinungsverschiedenheiten zurage getreten seien. Insbesondere soll Graf Bismarck über die Frage der Vertagung des Reichstags mit dem Kaiser noch gar nicht gesprochen haben.

Diese letzte Behauptung hat viel Wahrheit für sich. Graf Bismarck ist nämlich für die Vertagung des Reichstags, während sich der Kaiser in recht drastischer Weise gegen sie ausgesprochen hat. Daß der Reichskanzler unter solchen Umständen wie eine Kugel um den heißen Brei um die Notwendigkeit herumstreift, mit seinem Herrn über die Vertagungsfrage zu reden, darf der „Norddeutschen“ ohne weiteres geglaubt werden. Ein Manneswort aus der Wilhelmstraße.

Gegen die Gültigkeit der Reichstagswahl im Kreise Frankfurt a. O. Debus wird seitens der Sozialdemokratischen Partei, wie auch wahrscheinlich seitens der Wirtschaftlichen Vereinigung Protest eingelegt werden. Der Protest stützt sich auf angebliche Unregelmäßigkeiten und wird in seiner Begründung sich an die Usurpationen des Reichskanzlers sowie an die Stellungnahme der Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags und des Plenums des Reichstags bei der Ungültigkeitserklärung der Wahl in Altona anlehnen. Die Liste des Protestes umfasse schon jetzt über ein Duzend Punkte, die sich sowohl auf die Hauptwahl als auch auf die Stichwahl, teilweise auch auf die Vorgänge während der Wahlbewegung beziehen.

Dem „Vorwärts“ wird aus Baden geschrieben: Gegenüber der Erklärung der Berliner Oberstaatsanwaltschaft kann ich auf Grund nochmaliger Information nur wiederholen, daß die Kriminalpolizei den Namen des wegen Majestätsbeleidigung verfolgten Normann-Schumann aus dem Verzeichnis derjenigen Verfolgten streichen mußte, welche beim Betreten deutschen Bodens zu verhaften sind. Es ist zweifellos, daß diese Unordnung auch für Berlin besteht und daß die Polizeibereitschaft an den dortigen Bahnhöfen mit derselben respektvollen Passivität den Normann in die Hauptstadt des Deutschen Reiches einzeln lassen müssen, welcher er von der Hermaubad an der deutschen Grenze beim Einzug in deutsche Länder gewürdigt werden muß. Demnach hätten Staatsanwaltschaft und Polizei verschiedene Auffassungen über die zweckmäßigste Behandlung des vielgenannten Polizeispitzels.

Strasbourg i. E., 24. Mai. Bei der Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise Strasbourg-Saund wurden 17580 Stimmen abgegeben; davon erhielten Karl Gauß, Redakteur in Strasbourg (Kirkale Landespartei) 8225, Dr. Daniel Lumenthal, Rechtsanwalt in Kolmar (Demokrat) 7876 und Laurent Meyer, Schreiner in Strasbourg (Soz.) 1479 Stimmen. Zwischen Gauß und Blumenthal hat also Stichwahl stattgefunden. Bekanntlich ist das Mandat Blumenthals für ungültig erklärt worden, weil einige Bürgermeister und Beamte Wahlaufreife mit ihrem vollen Titel unterzeichnet hatten. Bei der Hauptwahl im vergangenen Jahre erhielt der Herrikal Gauß 8904, Blumenthal 6398 und der Sozialdemokrat Meyer 3097 Stimmen. Bei der am 25. Juni erfolgten Stichwahl wurde Blumenthal mit 9442 Stimmen gewählt. Auf Gauß entfielen 9062 Stimmen. Auch bei dieser Wahl hat der sozialdemokratische Kandidat einen ganz erheblichen Stimmenverlust aufzuweisen. Er erhielt 1618 Stimmen weniger als bei der Hauptwahl 1903. Ein Teil dieser Stimmen scheint auf den Demokraten übergegangen zu sein, der 1578 Stimmen, beinahe ebensoviel, wie wir verloren, gewonnen hat. Offenbar gelangt es nun, bei der Stichwahl den Sieg des Reaktionärs zu verhindern.

Strasbourg, 24. Mai. Wegen Majestätsbeleidigung wurde vom Kriegsgericht ein Soldat vom 112. Infanterie-Regiment, der anlässlich des Vorüberfahrens des Kaisers unflätige Bemerkungen gemacht hatte, zu einer Gefängnisstrafe von sieben Monaten verurteilt.

Sieditz, 24. Mai. Wegen Majestätsbeleidigung wurde ein bereits 40 mal vorbestrafter Gewohnheitsbetrüger zu 2 Jahren Gefängnis und Ueberweisung an die Landespolizei verurteilt.

Leipzig, 21. Mai. Im Ärztekonsult ist abermals ein Einschreiten der Kreisärztemannschaft zugunsten der Ärzte zu verzeichnen. Bekanntlich hatte die Kasse 82 Distriktsärzte angeworben, die auch nach Beendigung des Streiks in Leipzig verblieben und nebst etwa 70 andern Ärzten von den Kassennützlichen benutzt werden. Damit ist die Mehrzahl der 375 Leipziger Ärzte kaltgestellt, sie sind um ihren Siegespreis geprellt. Die betrogenen Sieger kämpfen nun aber gegen diese Entwicklung der Dinge an. Zunächst hat der Leipziger Bezirksverein, die „Standesorganisation“ der Ärzte, die Verträge der Bezirksärzte mit den Klassen als „standesunwürdig“ bezeichnet. Das blieb ohne Einfluß auf die Bezirksärzte. Aber die Ärztefreier gaben ihr Spiel deshalb nicht verloren. Zu was hat man denn die Kreisärztemannschaft? Die wird schon einen Rat wissen. Und in der Tat, sie wußte Rat. Gemeinshaftlich mit der Ärztekassensorganisation richtete sie an die Distriktsärzte die Aufforderung, bis zum dritten Feiertage auf ihre Verträge zu verzichten und drohte sie für den Fall der Weigerung mit Suspension, das heißt mit dem Verbot, für die Kasse weiter zu praxizieren. Die Distriktsärzte sind aber nicht gewillt, sich dieser Verfügung ohne weiteres unterzuordnen. Sie hielten eine Versammlung ab und beschloßen einmütig und solidarisch, an den Verträgen festzuhalten und jede Umwandlung oder Abänderung abzulehnen. Die Mitglieder der Ortskrankenkasse werden am Mittwoch früh Versammlungen abhalten, um sich darüber einig zu werden, was geschehen soll, wenn die angekündigte Suspension der Bezirksärzte tatsächlich erfolgt.

Berichtigung. In unsere Betrachtungen über „Die Sozialdemokratie gegen den inneren Feind“ (die Tuberkulose) hat sich ein sinnloser Schreiber eingeschlichen. Die

Aufwendungen gegen den „inneren Feind“ sind mit 80 Millionen richtig angegeben. Die Summe der gleichzeitig gemachten Aufwendungen gegen den äußeren Feind (See- und Flotte) beträgt natürlich nicht zehn Millionen, sondern zehn Milliarden.

Ungarn.

In Jrig (Komitat Szeged) brachen wegen Aufstellung der Gemeindefelder Tumulte aus, wobei der Großgrundbesitzer Damjanovitsch überfallen und halb tot geprügelt wurde. Am 19. d. M. wiederholten sich die tumultarischen Ausbrüche. Die empörten Bauern gingen gegen das Gerichtsgebäude vor, überschütteten es mit einem Hagel von Steinen und griffen die anrückende Gendarmerie an, die eine Salve abgab, wobei zwei Personen getötet und drei leicht verletzt wurden. Aus Peterwardein ist telegraphisch Militär requiriert worden. Wie der Telegraph meldet, soll die Untersuchung ergeben haben, daß die Bauernrevolte von langer Hand vorbereitet war. Sämtlicher Führer und Urheber sind in Haft genommen. Jetzt herrscht Ruhe. Die Ruhe des Friedhofs wohl, auf deren Herstellung die Ungarn sich meisthaft verstehen.

Italien.

ac. Raum ist die Schuld des Ministers fast ungewisshaft festgestellt worden und hat der Minister, der das Schulwesen unter sich hatte, die Flucht ergriffen, so werden neue Standale ruckbar. So soll der Exminister Gallimberti 25 000 Frank aus Staatsmitteln für seine — Hochzeitsreise verwendet haben. Ferner soll die Kommission, welche mit der Prüfung des Defizits der Alters- und Hilfsklassen der italienischen Bahn beauftragt war, eine Unterbilanz von nicht weniger als 20 Millionen Frank festgestellt haben. Endlich sollen sich bei der Generalrevision der öffentlichen Schul Unregelmäßigkeiten ergeben haben.

Belgien.

Die Beerbigung eines Sozialdemokraten. Am Donnerstag wurde Gustav Defnet zur letzten Ruhestätte gebracht; zehntausende der Brüsseler Bevölkerung und der Arbeiterschaft aus allen Teilen des Landes gaben ihm das letzte Geleit. Von Ramur, wo Defnet zusammengebrochen, wurde er am Mittwoch nach Saint Gilles, seinem Wohnort, überführt. Schon diese Ueberführung gestaltete sich zu einer großen Trauerkundgebung für diesen einfachen Mann, der selbst ein Sohn des Volks, nur für dieses gelebt und getritten hatte; gegen 10 000 Personen folgten der Bahre, die vom Bahnhof nach dem Rathaus von Saint Gilles gebracht wurde.

Die Trauer in Saint Gilles war eine allgemeine; das Rathaus und andere öffentliche Gebäude sowie viele Privathäuser hatten auf Halbmast geflaggt. Im Rathaus war der große Sitzungssaal umgewandelt in eine Trauerkapelle. Massenhafte Ehrenpenden, nicht etwa nur von Arbeitervereinen und Partei-Organisationen, sondern von fast allen bürgerlichen Korporationen und Behörden von Saint Gilles und Brüssel sowie öffentlichen Anstalten aller Art waren aufgestellt. So unter anderem vom Gemeinderat selbst, vom Personal der Polizei von Saint Gilles usw. An dem Defilee vor der Leiche beteiligten sich auch die Liberalen und katholischen Gemeinderäte und Stadträte. Die Behörden von Saint Gilles und Brüssel, unter anderem auch das gesamte Personal der Polizei und das Lehrer- und Lehrerinnenpersonal sowie die Bürgermeister und Gemeinderäte der Brüsseler Vororte waren sämtlich durch Abgeordnete vertreten. Auch Senatoren und Deputierte aller Parteien, unter anderem der Herrikal Abgeordnete Carton de Wiard, hatten es sich nicht nehmen lassen, den toten Gegner zu ehren. Um 2 Uhr erstiegen der Minister Dooz (wohlverhanden Mitglied einer liberalen Regierung) mit seinem Geheimsekretär; er kam, um der Familie und dem Bürgermeister von Saint Gilles sein Beileid auszubringen. Van Noenen, der Bürgermeister von Saint Gilles, erstreckte die Trauerfeier mit einer tiefempfindlichen Rede, in welcher er die Bürgerjugenden des Verstorbenen, seinen nie rastenden Fleiß im Dienste der Allgemeinheit pries. Genosse Dewinne und andre folgten.

So wurde ein Sohn der Arbeit geehrt, dessen Leben dem Dienste der Gemeinde und des Staats, dem Wohle der Arbeiterklasse gewidmet war. Besonders wohlthuend wirkte die taktvolle Art, wie hier die Vertreter aller Parteien und Richtungen dem toten Gegner die ihm gebührende Achtung und Ehrung darbringen, ein Vorgang, wie er in Deutschland ganz ungewöhnlich ist.

Der russisch-japanische Krieg.

Die letzten Nachrichten vom Kriegsschauplatz lassen keinen Zweifel darüber, daß die japanische Offensive gegen Liaujiang nicht allein plötzlich ins Stocken geraten ist. Die Vortruppen der ersten japanischen Armee haben sich auf das Gros nach Fönghwangtscheng zurückgezogen oder vielmehr vor der russischen Uebermacht zurückziehen müssen. Dabei haben verschiedenlich Gefechte mit den nachdrängenden Russen stattgefunden. Ob das Gerücht wahr ist, daß die Kurulische Jaluarmee eine erste Niederlage erlitten hat, muß sich bald zeigen, denn die Russen werden natürlich nicht veräumen, einen größeren Erfolg zu melden, wenn ihnen dieser jetzt nach so viel Niederlagen einmal bescheert worden sein sollte. Die bisher vorliegenden amtlichen russischen Teleggramme wissen nur von den erwähnten Schwarmjägern mit zurückgehenden japanischen Abteilungen zu berichten, die in voller Ordnung Fönghwangtscheng erreicht haben.

Die Japaner sollen beim Untergang der beiden Kriegsschiffe „Tschino“ und „Gaisufe“ insgesamt 900 Offiziere und Mannschaften verloren haben. Die Schifffahrt ist für neutrale Schiffe gefährlich. Man erwartet darum einen Protest der fremden Mächte. Wie es heißt, bemühen die Russen eine Anzahl chinesischer Boote, um Minen in den Kurs der japanischen Schiffe zu legen, die die Küsten der Liaotung-Halbinsel abpatrouillieren. Die Japaner haben mehrere solcher Schiffe bei dem Zegen von Minen angetroffen und hätten dieselben daraufhin in den Grund gehohrt. Auch die Küste am Vorgebirge von Liaotung soll in der letzten Zeit von den Russen stark mit Seeminen bestreut worden sein.

Ueber Erfolge der Japaner wird aus Tokio gemeldet, die Japaner hätten Raiping genommen und die Russen bis Maschijima in der Richtung auf Niutschwang zurückgeworfen. Ferner wird mitgeteilt, daß in Zatuschan gelaubete japanische Truppen in der Nähe von Wandjatun, sieben Meilen nördlich von Zatuschan, eine Schwadron russischer Kavallerie umzingelt und aufgerieben haben. Viele Russen wurden getötet oder verwundet, der Führer der Schwadron wurde gefangen genommen. Die Japaner hatten keine Verluste.

Andererseits liegen aber auch Nachrichten vor über

Ämliche Streik- und Aussperrungsstatistik.

Die Streiks und Aussperrungen im Deutschen Reich im Jahre 1903 werden in der amtl. Statistik nach dem Reichsarbeitsblatt auf 1374 Streiks und 70 Aussperrungen beziffert, an denen 85 603 Streikende und 35 273 Ausgesperrte direkt beteiligt, sowie 13 811 beziehungsweise 835 zum Mitspielen gezwungen waren.

Table with 6 columns: Jahr, Beteiligte Streiks, Betroffene Betriebe, Streikende Absolut, Streikende in Proz., Zum Mitspielen gezwungene Arbeiter. It is divided into two parts: a) Streiks and b) Aussperrungen.

Aus dieser Darstellung ist ersichtlich, daß die Ausstands- bewegung, die seit 1900 im Rückgang begriffen war, wieder an Umfang zugenommen hat, und zwar mehr noch als an Größe als an Zahl der Streiks, wie auch der Aussperrungen. Es zeigt sich darin nicht allein die lebhaftere Gestaltung der Wirtschaftslage, sondern auch der zunehmende Einfluß der Arbeiter- und Arbeitgeber-Organisationen und die durch beide Faktoren wachsende Komplikation der Verhältnisse.

Ueber den Ausgang der Streiks wird berichtet, daß 300 mit vollem und 444 mit teilweisem Erfolg, dagegen 630 erfolglos für die Streikenden endeten.

* In Prozenten der in den betroffenen Betrieben überhaupt Beschäftigten.

Streiks kamen also im Jahre 1903 nur 45,85 erfolglos (1902 = 56,32, 1901 = 54,01, 1900 = 45,57, 1899 = 40,99). Der Ausgang ist also für die Arbeiter wieder etwas günstiger geworden und stellt sich im Jahre 1903 sogar noch etwas besser als im fünfjährigen Durchschnitt 1899-1903, wie folgende Gegenüberstellung zeigt:

Table comparing 1899-1903 and 1903 statistics for 'Voller oder teilweiser Erfolg' and 'Erfolglos' for strikes and lockouts.

Gewerkschaftsbewegung.

600 Vergolter Berlins befinden sich seit neun Wochen in einem Kampfe mit den vereinigten Goldleisensfabrikanten Berlins betreffs Regelung der Heimindustrie und Einsetzung eines Schiedsgerichts.

Vierhohlt in Hamburg. Infolge der gemeldeten Stellungnahme der Wirte haben die Brauereien Konzeptionen an die Streikenden gemacht.

Die Mainnummer des Reichsarbeitsblattes, die heute erschienen ist, bringt als besonderen Artikel eine Abhandlung über Lohnstarke und Tariflöhne im Deutschen Reich.

Kleine gewerkschaftliche Nachrichten. Die Bäcker in Reichenshall haben den Streik siegreich beendet. In Berlin streikten nur noch 600 Mann.

der Arbeitszeit. Die Direktion bewilligte sämtliche Forderungen. In Berlin aber sind noch 1180 Mann zum Streiken gezwungen. Die Messerschläger in Solingen fordern bis 23. Mai 15 Prozent Bonuserhöhung, andernfalls der allgemeine Streik proklamiert wird.

Vierte General- Versammlung des Zentral- Verbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands.

Am 1. und 2. Pfingstfesttag tagte hier in der „Reichshalle“ die vierte General- Versammlung des Zentral- Verbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands. Anwesend waren 19 Delegierte, die ebenfalls die Beschlüsse der Delegierten in der Generalversammlung des Zentral- Verbandes als Referenten fungieren hatten, einen warm empfundenen Nachruf.

Der Geschäftsbericht über die letzten Jahre 1902 und 1903 lag den Delegierten im Druck vor. Danach ist die Mitgliederzahl des Verbandes in diesem Zeitraum von 1388 auf 3054 gestiegen, davon 1540 männliche und 1514 weibliche.

Die Generalversammlung erließ sich mit dem Antwortschreiben des Verbandsvorstandes an das Kaiserliche Statistische Amt, Mitteilung für Arbeiterstatistik, betreffs Beteiligung an einer Statistik über die Ergebnisse der kaufmännischen Stellenvermittlung einverstanden.

Feuilleton.

Der Kraft-Mayr.

Ein humoristischer Musikanten-Roman. Dem Andenken Franz Bläzls gewidmet von Ernst v. Wolzogen (16. Fortsetzung.)

Antonin saß und schrieb. Es schien ihm schwer zu werden, denn er gönnte sich mehrfach kurze Ruhepausen dazwischen, die er mit tiefen Seufzern und unartikuliertem Gegröhne ausfüllte.

Der Laß es mit ziemlichem Ernst durch und sagte: „Sie haben ja den gemeinen Lumpen und die Prügelstraf ausgelassen?“

Antonin zuckte nur die Achseln. Preidebleich, mit schlotternden Knien und wirrem Haartouff saß er da in seinem Schreibstuhl, ein wahres Jammerbild. Florian empfand fast Mitleid mit ihm.

„Was, bitte?“ unterbrach Florian, seinen Stoß wie zur Auslage erhebend. „O, ein Herr — — merkwürdiger Mensch sind Sie,“ vollendete jener mit scheuem Flüstern.

„Gehr lebenswürdig.“ sagte Florian, verbeugte sich dankend und verließ das Zimmer. Er hatte kaum den Fuß draußen auf die Treppe gesetzt, als hinter seinem Rücken die Tür aufgerissen wurde.

schrie, so laut er konnte: „O Sie, Herr, ich habe Sie die Treppe hinuntergeworfen, wissen Sie!“ Er verschwand un- gemein rasch, warf die Tür krachend hinter sich ins Schloß und dann hörte ihn Mayr im Korridor schreien: „Madame Gebrian, bitte, Sie sind Zeuge, daß ich diesen Herrn soeben die Treppe hinuntergeworfen habe.“

Ganz ungemein vergnügt trollte sich Meister Florian nach dem bekannten Privatkonfervatorium, wo er an diesem Vormittag zu unterrichten hatte. Er hatte eigentlich bis zwölf zu tun, aber um elf Uhr ersuchte er einen Kollegen, ihn zu vertreten, da er seine Großmutter von der Bahn ab- holen wolle.

Florian Mayr ging ihr entgegen und drohte lachend mit dem Finger. „Et, et, Fräuleinchen! Was ich von Ihnen weiß! Sie holen sich heimlich postlagernde Briefe ab. Von jungen Herren wohl gar? Dees wenn ich der Frau Mama sagen tät!“

„Erlauben Sie, Fräulein, bin denn ich vielleicht kein junger Mann?“ begehrte er auf. „Ich hab' freilich ein Ge- sicht wie ein lederner Kirchenvater auf den ältesten Bildern.“

„Ach nein, Herr Mayr,“ entgegnete Thetla, indem sie zweifelnd zu ihm aufblickte.

„Doch, doch! In meinem Brief da steht's ja drin, daß ich Sie entführen will. Wenn des keine Dummheit is, nach- her weiß ich net...“

„Ach, wirklich?“ rief Thetla leise mit einem freudigen Aufblitzen der Augen.

Sie waren nebeneinander hergegangen, um die nächste Ecke gebogen und spazierten nun die Jerusalemstraße hinunter, ohne sich dessen bewußt zu sein. Florian schaute auf das hübsche, frische Mädchen an seiner Seite, dem das dunkle Samtkleid mit Pelztragen und -Kappe gar reizend stand, mit einem drolligen Ausdruck heraus.

„Ja, wenn Sie meinen, Herr Mayr,“ verlegte Thetla schüchtern. Sie mußte jetzt schon gar nicht mehr, ob er es ernst meinte, oder sie nur ausziehen wollte.

Er bejahte und erstattete ihr darauf einen höchst au- schaulichen Bericht über seinen Morgenbesuch bei dem edlen Pan Przewalsky. Thetla war so stolz und glücklich; ihre Wangen brannten, ihre Augen glänzten, wie sie so gepolmt herchend zu ihrem langen, schlanken Helden emporschaute, welcher, nur mit einem einfachen Löffelträger bewaffnet, es gewagt hatte, für sie in den Kampf zu ziehen.

„Das können wir ja gleich feststellen, für heut wenig- stens,“ erwiderte Mayr. „Um zwölf Uhr sollte er antreten, net wahr? In ein paar Minuten ist's zwölf; also schauen wir zu.“

... zu ursprünglicher Förderung der Verhandlungen, zur...
... der Verhandlungen...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Unter anderem wurde beschlossen, einen Ausschuss einzusetzen und die...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Hierzu referierte das Verbandsmitglied Reichstagsabgeordneter...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Die vier Generalversammlungen des Zentralverbandes der Hand...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Reichsgesetzliche Einführung des Achtstundenschlusses. Be...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Wollige sechsunddreißigstündige Sonntagsruhe für alle Handels...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Obbligatorischer Fortbildungsschulunterricht für Gehilfen und...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Ausdehnung der Unfallversicherung auf alle Handelsangestellten...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Verbot der Konkurrenzklauel.
Beseitigung der §§ 9 und 10 des Gesetzes zur Bekämpfung...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Die Generalversammlung erkennt an, daß die Reichstags...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

1. das Obligatorium für die Errichtung allgemein ausgesprochen...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

2. den Frauen das passive Wahlrecht gewährt wird;
3. die Berufungssumme von 300 auf 500 Mark erhöht wird.
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Die Generalversammlung erwartet, daß der Deutsche Reichstag...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Zum Schluß referierte Paul Lange - Leipzig über das Thema:
"Kollektiver Arbeitsvertrag für Konsumvereine".
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Es ist Aufgabe der Gewerkschaften, an Stelle der besondern...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Wie die Verhältnisse im Handelsgewerbe sich entwickeln, wird...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Die aus der Arbeiterschaft hervorgegangenen Genossenschaften...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Staat- und Gemeindefürsorge hatten sich dazu in großer Zahl...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Der Präsident des Komitees, Staatssekretär Graf...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Seit Begründung des über ganz Deutschland ver...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Wichtigste Fortschritte gemacht. An in Betrieb befind...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Im Jahre 1892-1900 waren zehn deutsche Staaten an der...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Nach dieser Statistik starben in jenen zehn Bundesstaaten in den vier Jahren...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Es folgte darauf der Bericht über die Tätigkeit des...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Er hob hervor, daß, was die Heilstätten...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Zu bekämpfen ist die Anstehungsfurcht. Es muß von den...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Die Zentral-Kommission für das deutsche...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Das Reichstagswähler und ihr Wohnort. Zum erstenmal...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Die Reichstagswähler und ihr Wohnort. Zum erstenmal...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Die Reichstagswähler und ihr Wohnort. Zum erstenmal...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Die Reichstagswähler und ihr Wohnort. Zum erstenmal...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Die Reichstagswähler und ihr Wohnort. Zum erstenmal...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Die Reichstagswähler und ihr Wohnort. Zum erstenmal...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Die Reichstagswähler und ihr Wohnort. Zum erstenmal...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Die Reichstagswähler und ihr Wohnort. Zum erstenmal...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Die Reichstagswähler und ihr Wohnort. Zum erstenmal...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Die Reichstagswähler und ihr Wohnort. Zum erstenmal...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Wollten das einzige einen wesentlichen Vollerfolg verheißende...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Bei der Begründung dieser Thesen nahm Brugger Bezug...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Bei der Begründung dieser Thesen nahm Brugger Bezug...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Bei der Begründung dieser Thesen nahm Brugger Bezug...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Bei der Begründung dieser Thesen nahm Brugger Bezug...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Bei der Begründung dieser Thesen nahm Brugger Bezug...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Bei der Begründung dieser Thesen nahm Brugger Bezug...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Bei der Begründung dieser Thesen nahm Brugger Bezug...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Bei der Begründung dieser Thesen nahm Brugger Bezug...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Bei der Begründung dieser Thesen nahm Brugger Bezug...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Bei der Begründung dieser Thesen nahm Brugger Bezug...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Bei der Begründung dieser Thesen nahm Brugger Bezug...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Bei der Begründung dieser Thesen nahm Brugger Bezug...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Bei der Begründung dieser Thesen nahm Brugger Bezug...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Bei der Begründung dieser Thesen nahm Brugger Bezug...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Bei der Begründung dieser Thesen nahm Brugger Bezug...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Bei der Begründung dieser Thesen nahm Brugger Bezug...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Soziales.

Bekämpfung der Lungenschwindsucht. Am...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 24. Mai 1904.
- **Gemeinden und Tuberkulose-Bekämpfung.**
Auf der Hauptversammlung des deutschen Zentralkomitees...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

Neubau einer Feuerwache in Budau.

Durch...
... die Verhandlungen...
... die Verhandlungen...

110. Täglich Preussische Klassenlotterie.

5. Klasse. 13. Ziehungstag, 21. Mai 1904. Nachmittags. Nur die Gewinne über 240 Mk. sind in Klammern beigefügt.

118 (500) 50 90 11 28 399 400 88 66 754 917 (500) 1152 208 79 325 ... 118077 155 242 95 444 572 724 (1000) 815 87

5. Klasse. 13. Ziehungstag, 21. Mai 1904. Nachmittags.

Nur die Gewinne über 240 Mk. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr. N. St.-N. f. B.)

21 249 517 53 598 (500) 900 50 1022 159 243 (500) 316 460 571 (5000) ... 110171 103 500 68 783 222414

Bereins-Kalender.

Arb.-Klub, Verein Magdeburg, Abt. 'Freiheit', Altstadt. Jeden Mittwoch Saalfahrten und Zusammenk. im 'Dreitaferbühn'. 999

Aus dem Geschäftsverkehr.

Zaanvol (Schwämme) bis heute unübertroffenes Mittel gegen Schindeldrüse; in Apotheken, Drogerien, Parfümerien zu haben.

Zur Haarpflege

solte keine Mutter bei ihren Kindern, keine Dame bei ihren Haaren, keine Dame bei ihren Haaren, keine Dame bei ihren Haaren.

Table with columns for 'Wasserstände' (Water Levels) and 'Wasserstände' (Water Levels). Rows include locations like Bardufj, Braubitz, etc., with dates and water level changes.

Table with columns for 'Wasserstände' (Water Levels) and 'Wasserstände' (Water Levels). Rows include locations like Bardufj, Braubitz, etc., with dates and water level changes.

